23.11.2005

Beschlussesantrag von Niklaus Scherr (AL)

Die Rechnungsprüfungskommission wird beauftragt, bei der Finanzkontrolle zuhanden des Gemeinderats einen Kontrollbericht betr. Allgemeine Plakatgesellschaft (APG) einzuholen. Darin soll namentlich überprüft werden:

- Abrechnungen der Jahre 2000 – 2004 betr. Konzessionsabgaben an die Stadt (namentlich Einhaltung der Bestimmungen von Art. 21 des Plakatvertrags, Ablieferung pro Plakatstelle und Mindestablieferung an die Stadt);
- Einhaltung der Vertragsbestimmungen betr. Gratis-Plakatierung bei städtischen und kantonalen Abstimmungen und Wahlen (Art. 16 und 19, Gratis-Zuverfügungstellung und Verbot von politischen Plakaten im Spezialaushang).

Begründung:

Immer wieder ist es in den letzten Jahren zu Auslegungskonflikten betr. den Gratis-Aushang von politischen Plakaten durch die APG gekommen. Indizien lassen vermuten, dass nicht in allen Fällen die Plakate, wie vorgeschrieben, unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden sind. Es sind auch Fälle bekannt, wo politische Plakate entgegen dem Vertrag im Spezialaushang platziert worden sind.

Unklar ist auch, ob die APG jeweils die vorgeschriebenen Mindestablieferungen an die Stadt getätigt hat und ob alle Plakatstellen ordnungsgemäss abgerechnet worden sind. Zu untersuchen ist speziell wie sich die Neuregelung, wonach der Gratis-Aushang von politischen Plakaten aus Mehrwertsteuergründen als Naturalleistungen verrechnet wird, auf die 1992 vereinbarte Mindestablieferung ausgewirkt hat.

Behandlung mit dem Voranschlag 2006, Amt für Städtebau, Konto 4015.4270 Pacht- und Mietzinse von Liegenschaften des Verwaltungsvermögens.

N. Scherr